

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Rüdiger Lucassen, Gerold Otten, Jens Kestner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

– Drucksache 19/7716 –

Sicherheitspolitische Debatten regelmäßig im Parlament führen – Für eine jährliche Debatte zur sicherheitspolitischen Lage der Bundesrepublik Deutschland im Deutschen Bundestag mit Regierungserklärung des Bundeskanzlers

A. Problem

Die antragstellende Fraktion setzt sich angesichts steigender sicherheitspolitischer Herausforderungen und permanent erforderlicher Anpassungen der politischen und militärischen Maßnahmen für eine breite gesellschaftliche Debatte zur Sicherheitspolitik ein. Deutschland habe die Aufgabe, seine gewachsene Verantwortung mit seiner traditionellen Politik der Zurückhaltung in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. Die Bundeswehr sei nach den Sparmaßnahmen der zurückliegenden Jahre nicht mehr zur Landesverteidigung befähigt.

Um die nationale Sicherheitsvorsorge zu gewährleisten, müsse die Bundesregierung die Stabilisierung der Bundeswehr zum Schwerpunkt ihrer Arbeit machen. Auch die zukünftige Bündnispolitik innerhalb der NATO bedürfe einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz. Die Bundesrepublik Deutschland verdanke der Mitgliedschaft im Nordatlantikpakt Jahrzehnte der Sicherheit und des Friedens. Damit die NATO ihre militärische und politische Stärke erhalten könne, müsse die Bundesregierung die vertraglich vereinbarten Zusagen gegenüber dem Bündnis uneingeschränkt erfüllen.

Deutschland und seine Partner stünden vor vielen neuartigen Herausforderungen, etwa auf asymmetrische Bedrohungen durch Terrorismus und organisierte Kriminalität mit staatlichen Mitteln zu reagieren. Deutschland müsse seine technischen Fähigkeiten und rechtlichen Rahmenbedingungen an diese neuen Bedrohungen, etwa durch Cyberkriminalität, anpassen und weiterentwickeln.

Der Bundestag soll, so die Antragsteller, zukünftig eine jährliche Debatte zur sicherheitspolitischen Lage der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der deutschen Streitkräfte abhalten. Der Bundeskanzler soll dazu eine Regierungserklärung abgeben.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/7716 abzulehnen.

Berlin, den 22. April 2020

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Jürgen Hardt
Berichtersteller

Dr. Nils Schmid
Berichtersteller

Armin-Paulus Hampel
Berichtersteller

Bijan Djir-Sarai
Berichtersteller

Sevim Dağdelen
Berichterstellerin

Omid Nouripour
Berichtersteller

Bericht der Abgeordneten Jürgen Hardt, Dr. Nils Schmid, Armin-Paulus Hampel, Bijan Djir-Sarai, Sevim Dağdelen und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/7716** in seiner 81. Sitzung am 15. Februar 2019 beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss und zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion setzt sich angesichts steigender sicherheitspolitischer Herausforderungen und permanent erforderlicher Anpassungen der politischen und militärischen Maßnahmen für eine breite gesellschaftliche Debatte zur Sicherheitspolitik ein. Deutschland habe die Aufgabe, seine gewachsene Verantwortung mit seiner traditionellen Politik der Zurückhaltung in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. Die Bundeswehr sei nach den Sparmaßnahmen der zurückliegenden Jahre nicht mehr zur Landesverteidigung befähigt.

Um die nationale Sicherheitsvorsorge zu gewährleisten, müsse die Bundesregierung die Stabilisierung der Bundeswehr zum Schwerpunkt ihrer Arbeit machen. Auch die zukünftige Bündnispolitik innerhalb der NATO bedürfe einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz. Die Bundesrepublik Deutschland verdanke der Mitgliedschaft im Nordatlantikpakt Jahrzehnte der Sicherheit und des Friedens. Damit die NATO ihre militärische und politische Stärke erhalten könne, müsse die Bundesregierung die vertraglich vereinbarten Zusagen gegenüber dem Bündnis uneingeschränkt erfüllen.

Deutschland und seine Partner stünden vor vielen neuartigen Herausforderungen, etwa auf asymmetrische Bedrohungen durch Terrorismus und organisierte Kriminalität mit staatlichen Mitteln zu reagieren. Deutschland müsse seine technischen Fähigkeiten und rechtlichen Rahmenbedingungen an diese neuen Bedrohungen, etwa durch Cyberkriminalität, anpassen und weiterentwickeln.

Der Bundestag soll, so die Antragsteller, zukünftig eine jährliche Debatte zur sicherheitspolitischen Lage der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der deutschen Streitkräfte abhalten. Der Bundeskanzler soll dazu eine Regierungserklärung abgeben.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/7716 in seiner 54. Sitzung am 22. April 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/7716 in seiner 54. Sitzung am 22. April 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Berlin, den 22. April 2020

Jürgen Hardt
Berichtersteller

Dr. Nils Schmid
Berichtersteller

Armin-Paulus Hampel
Berichtersteller

Bijan Djir-Sarai
Berichtersteller

Sevim Dağdelen
Berichterstellerin

Omid Nouripour
Berichtersteller

